

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 5. August 2025

**Dossier Nr. 11610, «Regionaljournal Zürich-Schaffhausen» vom 6. Juli 2025 – «Wirtschaft und Recht wird an Zürcher Gymis zum Mischfach»**

Sehr geehrter Herr XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 7. Juli 2025, worin Sie obigen Beitrag wie folgt beanstanden:

[https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-zuerich-schaffhausen/wirtschaft-und-recht-wird-an-zuercher-gymis-zum-mischfach?id=AUDI20250706\\_NR\\_0019](https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-zuerich-schaffhausen/wirtschaft-und-recht-wird-an-zuercher-gymis-zum-mischfach?id=AUDI20250706_NR_0019)

*«Sowohl in der Radiosendung als auch auf der SRF-Homepage (Text) wird wörtlich gesagt: "Der Kanton Zürich will Wirtschaft und Recht als eigenes Fach am Gymnasium abschaffen" (Sendung) bzw. "Nun soll es [das Fach Wirtschaft und Recht] als eigenständiges Fach abgeschafft und mit Geschichte oder Geographie kombiniert werden." (Text auf Homepage) Diese Information ist falsch. "Wirtschaft und Recht" wird nicht als eigenständiges Fach abgeschafft. Im Gegenteil: Die Mindestdotierung des Grundlagenfachs "Wirtschaft und Recht" wird von bisher mind. 2 Semesterlektionen auf neu mind. 8 Semesterlektionen erhöht. Abgeschafft wird nur das Schwerpunktfach "Wirtschaft und Recht" und durch ein interdisziplinäres Schwerpunktfach ersetzt. Aber das Grundlagenfach wird nicht abgeschafft, es wird stark ausgebaut!*

*Ergo: die Aussage "Der Kanton Zürich will Wirtschaft und Recht als eigenes Fach am Gymnasium abschaffen" (Sendung) bzw. "Nun soll es als eigenständiges Fach abgeschafft und mit Geschichte oder Geographie kombiniert werden" ist fachlich schlicht und einfach falsch. Im Gegenteil: Das Fach wird nicht abgeschafft, die Mindestdotierung massiv erhöht (von mind. 2 Semesterlektionen neu auf mind. 8 Semesterlektionen). Alle Gymi-Schüler\*innen im Kanton Zürich haben neu mind. 8 Semesterlektionen Wirtschaft und Recht! Nichts mit "abgeschafft"!*

*Das Regionaljournal sagt wörtlich, dass das Fach abgeschafft würde. Und das stimmt schlicht nicht. Die Redaktion hat mit diesem Beitrag also das Gebot der Sachgerechtigkeit missachtet.»*

**Die Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Aufhänger für die Berichterstattung war die Gründung einer Interessengemeinschaft von Lehrerinnen und Lehrern, die sich wehren gegen die Abschaffung von Wirtschaft und Recht als eigenständiges Fach. Zu Wort kommt einer der in dieser Interessengemeinschaft engagierten Lehrer. Zitiert werden zudem die Bildungsbehörden.

Sowohl im Vorspann des Artikels als auch in der Anmoderation zum Radiobeitrag wird sehr präzise gesagt, um was es geht: Wirtschaft und Recht sollen nicht mehr ein eigenständiges Fach sein, sondern werden zusammengeführt mit Geschichte oder Geografie zu einem neuen interdisziplinären Fach.

Nicht behauptet wird hingegen in unserer Berichterstattung, dass deswegen Lehrinhalte im Fach Wirtschaft und Recht gekürzt werden. Auch die Gegner der Reform argumentieren nicht damit – vielmehr mit der Befürchtung, dass spezifische, beispielsweise betriebswirtschaftliche Stoffe nicht mehr gleich stark gewichtet werden wie bisher. Dies, weil Wirtschaft und Recht in einem Mischfach aufgehen. Unsere Berichtersterin nimmt selbst nicht Stellung dazu, wie ernst zu nehmend diese Befürchtung ist.

Aus Sicht des Beanstanders ist die Zusammenführung von Wirtschaft und Recht mit Geschichte oder Geografie gar nicht das Entscheidende. Vielmehr, dass die wöchentliche Stundendotation für Wirtschaft und Recht sogar erhöht werden soll. Das kann man selbstverständlich so sehen. Die skeptischen Gymnasiallehrer, die im Zentrum des Berichts stehen, sehen das anders.

**Die Ombudsstelle** hat sich den beanstandeten Beitrag ebenfalls genau angehört und hält abschliessend fest:

Die geplante Änderung aufgrund der Maturareform, die voraussichtlich 2029 in Kraft tritt, hat zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und Gegnerinnen geführt, die mittlerweile auch in den Medien ausgetragen wird. Wie oft, wird dabei gerne überhört oder überlesen, wie die Medien wirklich berichten. So auch hier.

Wie die Redaktion in ihrer Stellungnahme zutreffend schreibt, wird nirgends von einer Abschaffung gesprochen, sondern nur von einer Abschaffung als *eigenes* bzw. *eigenständiges* Fach. Die Umsetzung der eidgenössischen Matura-Reform im Kanton Zürich beabsichtigt, Schwerpunktfächer interdisziplinär auszugestalten. Interdisziplinär wird dabei als fächerübergreifend verstanden. Da «Wirtschaft und Recht» heute von einer einzigen Fachlehrperson unterrichtet wird, soll dieser Schwerpunkt verschwinden und in einem neuen interdisziplinären Unterrichtsgefäss zusammen mit Geografie und allenfalls Geschichte unterrichtet werden.

Im beanstandeten Beitrag wird diese Änderung nicht en detail erklärt. Zu Recht nicht, denn sie ist für Laien schwer verständlich. Hingegen wird erklärt, dass es sich bei «Wirtschaft und Recht» um ein beliebtes Schwerpunktfach handelt, was zahlenmässig belegt wird und dass die gebildete Interessensgemeinschaft bei einem künftigen «Mischfach» eine Verwässerung befürchtet. Ebenfalls wird der Grund der geplanten Änderung – die Matura-Reform – erwähnt und dass das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist. So ist auch anzunehmen, dass beim Regionaljournal Zürich-Schaffhausen noch nicht das letzte Wort gesprochen, sondern es sich dem Thema weiterhin annehmen wird. Die Meinungsbildung ist sicher noch nicht abgeschlossen.

**Die Ombudsstelle stellt keinen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. s des Radio- und Fernsehgesetzes fest.**

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz